

Rahmenvereinbarung über Agenturleistungen zur Veröffentlichung von Stellenausschreibungen

Vergabe-Nr. 40-002-2026

Rahmenvereinbarung

Als Grundlage für die Erteilung von Einzelaufträgen hinsichtlich der Veröffentlichung von Stellenausschreibungen, vornehmlich für Professuren.

wird zwischen der

Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar),
vertreten durch den Vizepräsidenten für Verwaltung und Wirtschaftsführung,
Herrn Georg Maringer
Goebenstraße 40
66117 Saarbrücken

- Auftraggeberin –

und der

[dem Adressaten der Zuschlagserteilung](#)

- Auftragnehmerin –

folgende Vereinbarung geschlossen:

§ 1 Gegenstand des Vertrags

- (1) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung und zu den Bedingungen der Leistungsbeschreibung (Anlage LB) sowie gemäß den Einzelpreisen des Preisblatts (Anlage PB) zur Erbringung von Agenturleistungen für Stellenanzeigen, überwiegend im professoralen Bereich.
- (2) Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (Anlage LB). Diese ist wesentlicher Bestandteil dieser Vereinbarung.
- (3) Die Rahmenvereinbarung dient der Beschleunigung zur Erteilung von Einzelaufträgen. Ein Anspruch auf die Erteilung von Einzelaufträgen besteht nicht. Insbesondere ist die Auftraggeberin nicht verpflichtet, den Bedarf an Veröffentlichungen ausschließlich auf der Grundlage dieses Vertrages abzuwickeln. Das Auftragsvolumen während der Vertragslaufzeit ist abhängig von der fachlichen Notwendigkeit.

§ 2 Abruf, Durchführung, Ausführungsfristen

- (1) Die Auftraggeberin informiert die Auftragnehmerin rechtzeitig, wenn sie Leistungen der Auftragnehmerin in Anspruch nehmen will. Der Abruf erfolgt grundsätzlich in Textform.
- (2) Die Auftragnehmerin hat dabei die vertragliche Höchstabnahmesumme zu beachten und zur Einhaltung ein entsprechendes Monitoring der abgerufenen Leistungen und Kosten zu führen. Das Monitoring ist der Auftraggeberin halbjährlich zum 01.01. und 01.07. jeden Jahres - ohne gesonderte Aufforderung - zur Verfügung zu stellen.
- (3) Die Angaben zum Leistungsumfang in der Leistungsbeschreibung und im Preisblatt basieren auf einem fiktiven Mengengerüst auf Schätzbasis. Die Auftragnehmerin erwirbt keinen Rechtsanspruch darauf, Leistungen in der Höhe dieser auf Schätzbasis angegebenen Abrechnungsmenge auf der Grundlage dieses Vertrages durchzuführen.
- (4) Die wertmäßige Höchstabnahmesumme (Nettosumme aller per Einzelauftrag generierten Rechnungen) wird auf 180.000,00 € festgesetzt. Ein Rechtsanspruch auf die Abnahme dieser Höchstwerte besteht explizit nicht. Der Vertrag endet bei Erreichen der Höchstabnahmesumme (unabhängig vom Zeitablauf). Auf die Regelungen zur Vertragslaufzeit wird entsprechend verwiesen.

§ 3 Vertragslaufzeit / Kündigung

- (1) Die Rahmenvereinbarung kommt mit Zuschlagserteilung zustande. Vorgesehener Vertragsbeginn ist der 01.07.2026. Erfolgt die Zuschlagserteilung nach dem vorgesehenen Vertragsbeginn, beginnt die Leistungspflicht der Auftragnehmerin mit dem im Zuschlagschreiben benannten Zeitpunkt.
- (2) Die Grundlaufzeit des Vertrages beträgt zwei Jahre, unabhängig von einer späteren Zuschlagserteilung. Der Vertrag endet somit grundsätzlich mit Ablauf des 30.06.2028.
- (3) Der Vertrag verlängert sich über den 30.06.2028 hinaus automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, jedoch maximal zweimal. Eine Verlängerung erfolgt nur dann nicht, wenn die Auftraggeberin der Verlängerung spätestens 3 Monate vor Ablauf des jeweiligen Vertragsjahres schriftlich widerspricht.
- (4) Das Vertragsverhältnis endet spätestens am 30.06.2030, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- (5) Der Vertrag endet ebenfalls und unabhängig von der Vertragslaufzeit bei Erreichen der Höchstabnahmesumme (§ 2 Absatz 4).
- (6) Die Auftraggeberin kann – abgesehen von den sonstigen gesetzlichen Bestimmungen – das Vertragsverhältnis insbesondere in folgenden Fällen außerordentlich kündigen:
 1. Die Auftragnehmerin gerät in Vermögensverfall, wird zahlungsunfähig oder beantragt die Eröffnung des Insolvenzverfahrens bzw. die Eröffnung eines solchen steht unmittelbar bevor.
 2. Die Auftragnehmerin kommt wesentlichen Verpflichtungen aus diesem Vertrag wiederholt und trotz schriftlicher Mahnung mit angemessener Fristsetzung nicht nach.
 3. Die Auftragnehmerin hat bei der Auftragsvergabe falsche Angaben hinsichtlich der abzugebenden Erklärungen gemacht.

4. Es werden schwere Verfehlungen der Auftragnehmerin bzw. deren Geschäftsführers festgestellt (z.B. strafrechtliche Ermittlungsverfahren, insbesondere wegen politisch motivierter Straftaten, Bußgeldbescheide wegen gewerberechtlicher Verstöße); der Auftraggeberin ist in diesem Falle ein Abwarten der Rechtskraft einer entsprechenden Entscheidung nicht zuzumuten.
 5. Die Auftragnehmerin setzt zur Erbringung ihrer vertraglich geschuldeten Leistung einen Mitarbeiter / eine Mitarbeiterin ein, der / die nach Kenntnis der Auftragnehmerin wegen politisch motivierter Straftaten vorbestraft ist.
 6. Die Auftragnehmerin setzt einen von der Auftraggeberin nicht genehmigten Unterauftragnehmer ein.
 7. Für den Fall, dass die Auftragnehmerin eine juristische Person oder Personengesellschaft ist: es ergeben sich wesentliche Änderungen in der Rechtsform oder der personellen Zusammensetzung der juristischen Person oder Gesellschaft (Geschäftsführer, Vorstand, Gesellschafter).
- (7) Im Falle einer Kündigung bzw. bei Ablauf der Vertragszeit werden bereits erteilte Aufträge durch die Auftragnehmerin zu den bis zur Kündigung bzw. Vertragsende geltenden Vertragsbedingungen durchgeführt.
- (8) Die Auftragnehmerin hat der Auftraggeberin alle Schäden zu ersetzen, die unmittelbar oder mittelbar durch die außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund entstehen.

§ 4 Rechnungslegung / Zahlungskonditionen

- (1) Die Vergütung wird binnen 30 Tagen nach vertragsgemäßer Leistungserbringung und Erhalt der prüfbaren und den Anforderungen des § 14 UStG entsprechenden Rechnung fällig.
- (2) Mit der Zahlung der Vergütung sind alle Aufwendungen und Nebenkosten der Auftragnehmerin abgegolten.

§ 5 Preisanpassung

- (1) Die im Preisblatt (Anlage PB) festgelegten "Endpreise je Anzeige" setzen sich zusammen aus den jeweiligen Listenpreisen der Medien (Verlage/Online-Plattformen) abzüglich des vom Auftragnehmer gewährten prozentualen Nachlasses. Der angebotene Nachlass berücksichtigt sämtliche Preisvorteile der Auftragnehmerin und enthält seine vollständige Vergütung für alle im Rahmenvertrag zu erbringenden Leistungen.
- (2) Ändern sich die offiziellen und allgemein gültigen Listenpreise der Medien für die vertragsgegenständlichen Anzeigenprodukte, so ist die Auftragnehmerin berechtigt die "Endpreise je Anzeige" entsprechend anzupassen. Die Auftragnehmerin hat der Auftraggeberin unverzüglich, spätestens jedoch vier Wochen vor Inkrafttreten, schriftlich über Preisanpassungen zu informieren und die aktuellen, vom Medium veröffentlichten Mediadaten oder Preislisten als Beleg beizufügen. Der im Preisblatt (Anlage PB) von der Auftragnehmerin gewährte prozentuale Nachlass auf den Listenpreis des Mediums wird auf den dann gültigen neuen Listenpreis angewendet. Preissenkungen sind verpflichtend weiterzugeben. Eine Erhöhung der Endpreise für die Auftraggeberin ergibt sich ausschließlich aus einer Erhöhung der Listenpreise der Medien. Eine einseitige Anpassung des von der

Auftragnehmerin gewährten prozentualen Nachlass, die zu einer Erhöhung des Endpreises führt, ist ausgeschlossen.

- (3) Erhöhen sich die Endpreise für einzelne Anzeigenprodukte um mehr als acht Prozent (8 %) innerhalb eines Kalenderjahres (bezogen auf den Ausgangsendpreis oder die letzte Anpassung), so hat die Auftraggeberin das Recht, die betreffende Leistung aus diesem Rahmenvertrag zu lösen und anderweitig zu beschaffen.
- (4) Alle Preisanpassungen müssen nachvollziehbar belegt und auf Verlangen der Auftraggeberin durch entsprechende Unterlagen (z.B. Mediadaten) nachgewiesen werden.

§ 6 Allgemeine Pflichten

- (1) Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, nur qualifiziertes Fachpersonal im Rahmen der Erfüllung des Auftrages einzusetzen.
- (2) Die Übertragung (einzelner) Vertragspflichten auf Unterauftragnehmer ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Einwilligung durch die Auftraggeberin zulässig. Unterauftragnehmern dürfen keine ungünstigeren Bedingungen gestellt werden, als zwischen Auftragnehmerin und Auftraggeberin vereinbart sind.
- (3) Die Nichterfüllung von Leistungen, ein sich ankündigender Liefer- oder Leistungsverzug sowie Mängel sind der Auftraggeberin unverzüglich anzuzeigen.
- (4) Mit Ausnahme der rein textlichen Angabe der htw saar im Rahmen etwaiger Referenzen ist es der Auftragnehmerin nicht gestattet, Werbung für eigene Zwecke unter Nennung der htw saar bzw. Verwendung des Logos der htw saar zu machen.
- (5) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, der Auftraggeberin unverzüglich Änderungen ihrer Anschrift, Telefonnummern, sonstigen Kontaktdaten sowie Änderungen der festen Ansprechpartner/innen mitzuteilen.
- (6) Die Auftragnehmerin benennt der Auftraggeberin eine/n dauerhafte/n Ansprechpartner/in für die Auftragsabwicklung.

§ 7 Abtretung, Aufrechnung

- (1) Die Abtretung von Forderungen der Auftragnehmerin aus diesem Vertrag an Dritte bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung der Auftraggeberin.
- (2) Eine Aufrechnung der Auftragnehmerin gegen Forderungen der Auftraggeberin ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig. Die Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts durch die Auftragnehmerin ist ausgeschlossen.

§ 8 Haftung

- (1) Die Auftragnehmerin führt die übertragenen Geschäfte mit der gebotenen Sorgfalt aus.
- (2) Die Auftragnehmerin haftet unbeschadet anderer gesetzlicher Vorschriften für schuldhaft verursachte Schäden aller Art, die durch sie oder ihre Mitarbeiter oder beauftragte Dritte bei der Erfüllung des Vertrags und bei Gelegenheit verursacht werden. Im Falle der Unterbeauftragung zählen die Unterauftragnehmer als Erfüllungsgehilfen der Auftragnehmerin. Der Auftragnehmerin obliegt der Beweis dafür, dass schuldhaftes Verhalten nicht

vorgelegen hat. Sie verzichtet gegenüber der Auftraggeberin auf die Exkulpation nach § 831 Abs. 1 S. 2 BGB.

- (3) Im Übrigen richtet sich die Haftung des Auftragnehmerin nach § 11 der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung gültigen Fassung.

§ 9 Vertraulichkeit und Datenschutz

- (1) Die Auftragnehmerin ist zur Verschwiegenheit über die ihr bei der Durchführung des Auftrags zur Kenntnis gelangten oder ihr bei der Durchführung des Auftrags mitgeteilten, den Auftrag betreffenden Tatsachen und Einzelheiten verpflichtet. Die Geheimnisschutzvorschriften und datenschutzrechtlichen Regelungen, des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sind einzuhalten.
- (2) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, alle im Rahmen dieses Vertrags erlangten Informationen streng vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben.
- (3) Die Pflicht zur Vertraulichkeit gilt über die Dauer des Vertrags hinaus für weitere 5 Jahre.

§ 10 Rechteeinräumung / Nutzungsrechte

- (1) Die Auftraggeberin räumt der Auftragnehmerin für die Dauer und zum Zweck der Vertragserfüllung das einfache, nicht übertragbare, aber unterlizenzierbare Recht ein, die übermittelten Inhalte (Texte, Logos, Bilder) zu nutzen. Dies umfasst insbesondere das Recht zur Veröffentlichung, Vervielfältigung und Verbreitung in den vereinbarten Online- und Printmedien.
- (2) Die Auftragnehmerin prüft die von der Auftraggeberin übermittelten Anzeigenentwürfe vor der Veröffentlichung auf die Einhaltung der geltenden rechtlichen Bestimmungen (insbesondere des AGG). Stellt die Auftragnehmerin Rechtsverstöße fest, weist sie die Auftraggeberin unverzüglich darauf hin und stimmt eine Korrektur ab.
- (3) Soweit die Auftragnehmerin im Rahmen der Schaltung technische Anpassungen an den Anzeigen vornimmt, stehen die Nutzungsrechte hieran der Auftraggeberin zeitlich und räumlich unbeschränkt zu.

§ 11 Schlussbestimmungen

- (1) Zwischen den Parteien dieses Vertrags besteht Einigkeit darüber, dass dieser Vertrag abschließend ist und weitere Abreden nicht getroffen wurden. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für diese Schriftformklausel.
- (2) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam sein oder unwirksam werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung tritt eine andere gültige Bestimmung, die dem Willen der Parteien so nahe wie möglich kommt. Das gleiche gilt sinngemäß, soweit sich herausstellen sollte, dass der Vertrag lückenhaft ist.

- (3) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Die gerichtlichen und außergerichtlichen Verhandlungen sind in deutscher Sprache zu führen.
- (4) Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand für alle Ansprüche aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Saarbrücken.
- (5) Ergänzend zu den Bestimmungen dieses Vertrages und den Anlagen finden die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung gültigen Fassung Anwendung, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist oder die VOL/B selbst Abweichungen zulässt.

Saarbrücken,

Auftraggeberin

Auftragnehmerin

[Der Vertrag kommt durch Zuschlag zustande](#)

[Der Vertrag kommt durch Zuschlag zustande](#)

Georg Maringer
Vizepräsident für Verwaltung und
Wirtschaftsführung an der htw saar

Unterschrift Auftragnehmerin